



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 2 / 2015

Eine Beilage des „13.“. Journalist: Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

„Tötungsklinik Stapf“ schließt in Stuttgart

Die Nagele Klinikbetriebsgesellschaft mbH, Betreiber der Stuttgarter „Stapf-Abtreibungsklinik“, hat zum 31. Jänner 2015 ihren Betrieb eingestellt. Dies berichteten die „Stuttgarter Nachrichten“ am 2. Februar 2015.

Die knappe Ansage auf dem Anrufbeantworter der Klinik nennt als Grund der Schließung, dass keine geeigneten Klinikräume in Stuttgart gefunden werden konnten.

Die deutschen Lebensrechtler sind erfreut über diese Nachricht aus Stuttgart. Lang anhaltende Proteste, die erst aufgrund von Recherchen der „Privat-Depeche“ möglich wurden, führten zu diesem Erfolg. Die „Initiative Nie Wieder!“ vermutet allerdings, dass es andere Gründe als die offiziell angegebenen sind, die zur Schließung der von Stapf's Ehefrau geführten Klinik führten.

Friedrich Andreas Stapf, der auch in München für seine dort noch betriebene „Tötungs-Klinik“ ebenfalls neue Räume sucht, befindet sich im Rentenalter. Das dauernde Hin- und Her, Stuttgart-München-Stuttgart, das tägliche Vernichten von mehr als zwanzig Kindern vor deren Geburt wird auch einen 68-Jährigen an seine gesundheitlichen Grenzen stoßen lassen. Ob dies

jedoch der wahre Grund ist?

Wir schließen es dennoch nicht aus, dass der gewiefte **Stapf** ein anderes „Geschäftsmodell“ für Stuttgart ins Auge fasst. Es bleibt abzuwarten.

Ein zwielichtiges Spiel indes betreibt der Stuttgarter Bürgermeister **Werner Wölfle** (Bündnis 90/Die Grünen) mit seinen grünen und roten Genossen.

Die Stadt Stuttgart, Vermieter der nun geschlossenen Klinik, hat in den letzten zehn Jahren mehr als 700.000 Euro an „Blutgeld“ von Stapf angenommen. Dieser Grund lässt vermuten, dass der „Stuttgarter Rat“ den Fall **Stapf** noch nicht ganz abgeschlossen hat. Alternativen zu **Stapf** sind heute vielleicht in Stuttgart unter anderen mit dem Abtreiber **Paul Dostal** und in Ludwigsburg mit **Johannes Gottenbos** vorhanden.

Für den Fall, dass es für die Zukunft tatsächlich bei einem „AUS“ der „Stapf-Klinik“ bleiben wird, hatten die erwähnten Abtreiber angekündigt, ihre Tötungskapazität von 400 beziehungswei-

se 1.500 Kindern zu verdoppeln. Womöglich ein Trost für Stuttgarts Bürgermeister **Wölfle** mit seinen Tötungsbefürwortern, ein weiterer Ansporn besonders für die Lebensrechtler rund um Stuttgart und Ludwigsburg, ihren Protest gegen dieses

Unrecht noch zu erweitern.

Wölfle und seinen Genossen im Stuttgarter Stadtrat ist zu wünschen, dass sie bald zur Erkenntnis gelangen: Mit toten Kindern wird es keine Zukunft geben, auch in Stuttgart nicht!

Weinheim,

3. Februar 2015

– 70 Jahre nach Auschwitz
Initiative Nie wieder!

Abtreibung in den USA:

Ist eine Änderung möglich?

Schwester Ilaria Buonriposi widmet ihre Kraft seit Jahren dem Einsatz für die Benachteiligten, Ausgegrenzten und Gefangenen.

Am 42. Jahrestag der „Roe v. Wade“-Entscheidung 1973, mit dem der Oberste Gerichtshof Abtreibungen bis zur Lebensfähigkeit des Embryos für zulässig erklärte, marschierte die Ordensfrau auf der Washingtoner National Mall mit zehntausenden anderen Demonstranten „für das Leben“. Nach Angaben der Veranstalter wird die Demonstration von Jahr zu Jahr größer und jünger.

Vielleicht auch toleranter. So jedenfalls erlebt es **Ilaria**

Buonriposi. Bei früheren „Pro-Life“-Demos sei sie wegen ihrer Schilder gegen die Todesstrafe von anderen Teilnehmern angegangen worden, berichtet sie der „Washington Post“. Diesmal handigte sie zusammen mit vier Mitstreiterinnen vom „Catholic Mobilizing Network“ hunderte Aufkleber mit der Frage aus: „Wen würde Jesus hinrichten?“ Die Frauen führten ein Kreuz und Papptafeln mit sich, die verkündeten, dass auch die Todesstrafe ein „Pro-Life“-Thema sei.

Während die Botschaften der Abtreibungsgegner das jährliche Großspektakel auf der Mall weiterhin dominie-

Fortsetzung Seite 16

Fortsetzung von Seite 15
ren, mischen sich darunter vermehrt auch Anliegen, in denen die Veranstalter des „March for Life“ früher eine Verwässerung gesehen hätten. Darin geht es neben der Todesstrafe um Menschen-

handel, Einwanderung, Armut und den würdigen Umgang mit alten Menschen. Themen, die zu dem betont inklusiven Motto „Jedes Leben ist ein Geschenk“ passen. Wie die Aussichten auf Änderungen in der Abtrei-

bungspolitik der USA stehen, demonstrierte am Jahrestag von „Roe v. Wade“ der Versuch der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus, ein Verbot von Abtreibung ab der 20. Schwangerschafts-Woche zu be-

schließen. Der Vorstoß der Konservativen scheiterte an den Frauen in der eigenen Fraktion.

Denkt auch in den USA die politische Elite anders als die engagierte Basis der einfachen Menschen? ■

Spätabtreibung an fast geborenen Kindern!

Der österreichische Behindertenanwalt Erwin Buchinger hat seine Vorbehalte gegen die gesetzlich erlaubte Möglichkeit einer Spätabtreibung von Kindern wegen Behinderung unterstrichen.

Er halte die eugenische Indikation für eine „schreiende Ungerechtigkeit und Diskriminierung, die es seit

1975 gibt und die einfach so hingenommen wird“, sagte **Buchinger** in einem Interview der „Kleinen Zeitung“

vom 5. Februar dieses Jahres.

Die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) hatte kurz zuvor das auch in der parlamentarischen Enquetekommission „Würde am Ende des Lebens“ vom Behinder-

tenanwalt und früheren SPÖ-Sozialminister vorgebrachte Anliegen, hier eine Gesetzesänderung vorzunehmen, unterstützt. Nach geltender Gesetzeslage können im Mutterleib heranwachsende

Fortsetzung Seite 17

Organspende-Skandal

Im Raum Bremen/Bremerhaven wurde Anfang Dezember 2014 eine Organspende abgebrochen, weil der Hirntod des Spenders nicht nach den vorgesehenen Regeln festgestellt worden sei. Die Operateure hätten zu diesem Zeitpunkt bereits den Bauchraum geöffnet. So berichtete die Süddeutsche Zei-

tung. Aus dem aufgedeckten Vorfall wurde ein medialer Skandal. „Nie wieder“ und „Der 13.“ behandeln dieses Thema immer wieder.

Es gibt den Verdacht, dass es „aus dem Raum Bremen/Bremerhaven aktuell weitere problematische Fälle gibt, von denen die Öffentlichkeit nichts weiß“, schrei-

ben deutsche Medien. Zugleich gebe es Berichte darüber, dass sich die Ärzte im aktuellen Fall dazu entschlossen hätten, die Beatmung des Patienten einfach einzustellen. Der Fall sorgte für erheblichen internen Aufbruch: Mitarbeiter hätten Kollegen unter Tränen von dem Vorfall erzählt, andere hätten

angekündigt, sich ganz aus den Organspende-Geschäften zurückziehen zu wollen.

Nach Skandalen in mehreren Transplantationszentren war die Anzahl der Organspenden in Deutschland in den vergangenen Jahren auf einen Tiefpunkt gesunken. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz erklärte zu dem Bericht, er treffe „die Urängste eines jeden Organspenders.“

Kommentar: Die da wären? Etwa, dass Menschen bei lebendigem Leib die lebenswichtigen Organe herausgerissen werden? Schlimmer als bei Schweinen: die werden vorher wenigstens wirklich umgebracht. Ich selbst habe diese „Ur-Angst“. Ich bin kein Organspender und ich würde auch kein Spender-Organ annehmen. Da sterbe ich lieber selbst, bevor ich jemanden umbringen lasse, um selbst noch einige Jährchen, vollgepumpt mit Anti-Abstoßungs-Medikamenten, herumzuvegetieren. **ae**

Eizellenspende birgt große Risiken für die Gesundheit der Spenderin

Auf hohe Risiken der in Österreich nunmehr erlaubten Eizellspende haben Experten in der ORF-Sendung „Report“ (27. Jänner 2015) aufmerksam gemacht.

Sowohl für die Spenderin als auch für die Empfängerin sei die Gesundheitsbelastung groß, erklärte die Generalsekretärin der Aktion Leben, **Martina Kronthaler**. Aus der Erfahrung anderer Ländern wisse man, dass gut über die Risiken informierte Frauen kaum spenden

würden, so **Kronthaler**, die das Fehlen unabhängiger Beratung vor der Eizellspende kritisierte.

Rückendeckung erhielt sie vom Wiener Gynäkologen **Johannes Huber**. Dessen Denken scheint sich auch nach Bekunden des Gesundheitspsychologen Dr. **Josef Preßlmayr** positiv geändert zu haben.

Bei der Hormonbehandlung, der sich Frauen für eine Eizellspende notwendigerweise unterziehen müssen, reifen zehn und mehr Eizel-

len heran, wobei die Eierstöcke „so groß wie ein kleiner Fußball“ werden, berichtete **Huber**. Zur Belastung des Spannungsgefühls im Unterbauch komme dann noch, dass zur Eizellentnahme eine Nadel durch die Scheide in den Körper geschoben wird. „Es ist eine nicht-kriminelle Art der Körperverletzung, die ausreichend refundiert gehört.“ Frauen „mit einigen Euros abzuspeisen“ sei der falsche Weg, sagte der Wiener Gynäkologe.

Fortsetzung von Seite 16
Kinder bei Vorliegen oder Verdacht auf körperliche oder geistige Behinderung bis kurz vor der Geburt straf-frei abgetrieben werden.

SPÖ will Kindstötung

Vor allem in der SPÖ gebe es „starke Vorbehalte“ gegen eine Abschaffung der eugenischen Indikation, „was mir besonders wehtut, weil ich aus dieser Bewegung komme“, sagte **Buchinger**. Besonders die SPÖ-Frauen fürchteten, „dass damit die Fristenlösung insgesamt unter Druck kommen könnte“. Ausgeräumt werden könne diese Furcht, indem klargestellt wird, dass mit einer Gesetzesänderung nicht die Fristenregelung als ganze „ausgehobelt“ werden soll. „Genau das rate ich meinen Freunden in der katholischen Kirche und anderswo“, so **Buchinger**. In dieser Hinsicht nehme er „Bewegung wahr“.

Hürden nicht zu hoch legen

Als mögliches Vorbild verwies der Behindertenanwalt auf die deutsche Regelung, wo eine Abtreibung nach einer Bedenkfrist von drei Tagen mit verpflichtender Beratung möglich sei. Er „verstehe, dass man mit dieser Frage ringt“, und sei nicht dafür, die Hürden zu hoch zu legen, so **Buchinger**. „Ich bin selber Vater eines behinderten Kindes, es verändert das Leben. Wenn man sich ernsthaft damit auseinandersetzt und dann entscheidet, ich kann es nicht, macht es das für mich viel erträglicher.“ Dann sei es „kein

Werturteil über behindertes Leben, sondern über einen selbst“.

Wenn schon eine Abtreibung erfolge, „dann möglichst früh“, sagte **Buchinger**. „Am unerträglichsten ist die Vorstellung, dass wenige Stunden vor der Geburt ein lebensfähiges Kind mit einem Stich ins Herz getötet wird.“

Statistik gefordert

Auch ÖVP-Behindertensprecher **Franz-Joseph Huainigg** sieht in der deutschen Gesetzeslage ein mögliches Vorbild für eine österreichische Neuregelung. In den „Salzburger Nachrichten“ (SN) hatte er kritisiert, dass in Österreich keine Statistiken über Schwangerschaftsabbrüche geführt werden; zumindest aus der Anzahl der Spätabtreibungen

sollte „kein Geheimnis gemacht“ werden. Als „einfach unerträglich“ bezeichnete es **Huainigg**, dass ein Feto- zid bei bloßem Verdacht auf eine Behinderung per Herzstich erfolgen kann.

SPÖ-Behindertensprecherin **Ulrike Königsberger-Ludwig** erklärte in derselben SN-Ausgabe, zweifellos sei die eugenische Indikation eine „Diskriminierung behinderten Lebens per Gesetz“. Eine „wertfreie“ Diskussion darüber sei nötig. Eine Abtreibungsstatistik kann die SPÖ-Mandatarin allerdings wenig abgewinnen: „Was sollte sich dadurch ändern?“

Die Katholische Aktion und viele andere Organisationen fordern seit Jahren die Streichung der eugenischen Indikation. „Kein Mensch darf über Wert oder Unwert menschlichen Lebens ent-

scheiden“, betonte beispielsweise KAÖ-Präsidentin **Gerda Schaffelhofer** erst kürzlich. Sie appellierte an alle Nationalratsabgeordneten, „für dieses schwerwiegende Problem endlich ernsthaft Lösungen zu suchen“. Die Fristenregelung insgesamt war in der KAÖ-Aussendung kein Thema.

Abtreibung ist Kindstötung!

Das ist genau das Problem: dass die Verantwortungsträger über alle Parteigrenzen hinweg nicht sehen wollen, dass jede Abtreibung, ob früh oder spät, Tötung eines Menschen ist. So erfreulich es derzeit ist, dass über Abtreibung diskutiert wird: Lebensrechtler und Pro Lifer sehen ihre Ziele erst erreicht, wenn es keine Abtreibungen mehr gibt.

Moskauer Patriarch kritisiert Abtreibungszahl

Der orthodoxe Moskauer Patriarch **Kyrill I.** hat eine „riesige Anzahl“ der Abtreibungen als eines der größten Probleme Russlands bezeichnet. Die Tötung ungeborener Kinder sei eine schwere Sünde, sagte er am 22. Jänner laut russischen Medien im Unterhaus des Parlaments, der Duma. Zugleich hob er hervor, wenn es gelingen würde, die Zahl der Abtreibungen zu halbieren, würde in Russland die Bevölkerung stark wachsen.

Besonders kritisierte das orthodoxe Kirchenoberhaupt, dass der russische Staat über die Krankenversicherung die Schwangerschaftsabbrüche bezahle.

Das bedeute, dass auch mit den Versicherungseinnahmen von Abtreibungsgegnern Schwangerschaftsabbrüche finanziert würden. **Kyrill I.** warb für eine stärkere Unterstützung von Familien. Keine schwangere Frau dürfe mehr von Ärzten oder Angehörigen zu Abtreibungen gedrängt werden.

Es war das erste Mal, dass ein Oberhaupt der orthodoxen Kirche Russlands vor der Duma sprach. Anlass war das orthodoxe Weihnachtsfest, das in Russland am 7. Januar gefeiert wurde.

Laut staatlichen Statistiken werden in Russland jährlich zirka 800.000 Schwangerschaftsabbrüche registriert; nach Schätzungen russischer

Wissenschaftler sind es mindestens 1,6 Millionen! Seit 2012 sind in Russland Abtreibungen grundsätzlich nur noch in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen erlaubt. Zudem schreibt das Gesetz eine Bedenkzeit der Schwangeren zwischen der Beratung durch einen Arzt und ihrer Entscheidung für eine Abtreibung vor. Diese Vorschrift wird jedoch oft missachtet.

Seit 2014 werden in Russland illegale Abtreibungen mit Geldstrafen geahndet. Die russisch-orthodoxe Kirche wirbt seit Jahren für ein Abtreibungsverbot. Vergangenes Jahr sammelte sie dafür mehr als 100.000 Unterschriften.

Nach der Aussage des Papstes: „Gute Katholiken müssen sich nicht wie die Karnickel vermehren“ herrscht Aufruhr bei den Kaninchen-Züchtern. Der Empfängnis- und Geburtszeitraum werde ja hormonell auf die Zeiten der gehäuften Nachfrage wie Ostern und Weihnachten abgestimmt. Ihre Karnickel vermehren sich demnach keineswegs ungeordnet, entrüsten sich die in ihrer Ehre gekränkten Viehwirte. Soweit die heitere Seite der Papst-Worte.

Die ernste, ja tragische Bedeutung dieser Stellungnahme liegt darin, dass Europa als christliches Abendland in Wirklichkeit ausstirbt! Das angesehene „Vienna Institut of Demography“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sagt für 2051 eine moslemische Mehrheit in der österreichischen Bevölkerung unter 15 Jahren vorher, die sich in der nächsten Generation auf die berufstätige Bevölkerung fortsetzt. Der Anteil der Katholiken wird schließlich nur mehr etwa fünf Prozent betragen.

Papst Franziskus sollte uns somit die Karnickel eher als gutes denn als schlechtes Vorbild empfehlen! Das Wichtigste wäre dabei, dass die kleinen

Familienplanung und andere flotte Worte

VON DR. JOSEF PREß LMAJR

Häschen auch auf die Welt kommen und auf die Lust nicht der Mord folgt. Trifft es auch zu, wenn er sagt: „Wir können nicht immer über Abtreibung reden“, was ja leider gar nicht zutrifft, denn wann hat Ihr Pfarrer, liebe Leserin, lieber Leser, überhaupt ein Mal gegen Abtreibung gepredigt?

Ganz im Gegenteil, solange rund jedes zweite Kind im Mutterschoß bei lebendigem Leib zu Tode gemartert wird und jede Generation der Einheimischen um etwa die Hälfte schrumpft, weil die einheimische Frau im Durchschnitt nur mehr etwa ein Kind zur Welt bringt, müsste ein verantwortungsvoller Papst Tag für Tag das millionenfache Massaker an diesen ungeborenen Kindern anprangern!

Der angesehene, was seine Empfehlungen zur Geburtenförderung betrifft, jedoch völlig missachtete deutsche Bevölkerungswissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Herwig Birg prognostiziert: „Bis zum Ende des Jahrhunderts wird die Anzahl der Deutschen ohne Migrationshintergrund wahrscheinlich un-

ter zwanzig Millionen sinken“.

Für Österreich gilt das Gleiche, sagt Birg: „Die Internationalisierung [gemeint ist Überfremdung] zeigt sich daran, dass jedes Jahr mehr Menschen nach Deutschland ziehen als in Deutschland geboren werden. Das gilt auch für Österreich“, betont er („Zur Zeit“ Nr. 8/2011).

Birg empfiehlt unter anderem folgende Maßnahmen zur Förderung der Geburten: keine steuerliche Privilegierung von Kinderlosen, Vorrang für Eltern bei der Besetzung von Arbeitsplätzen, Wahlrecht der Eltern für ihre Kinder.

„Net amoi ignorieren“ ist die Reaktion der Politiker. Die Bischöfe stellen sich ebenfalls tot, ja sie unterstützen und beherbergen in ihren Pastoralämtern die „Aktion Leben“, für deren Vorzeige-Popagandistinnen die gesetzliche Tötung unerwünschter Kinder „unverhandelbar“ ist.

Da der Geburtenschwund (oder direkter ausgedrückt: die Massenvernichtung der ungeborenen Kinder) in Ita-

lien nicht anders betrieben wird als in Deutschland und Österreich, geht Rom dem Schicksal eines zweiten Konstantinopel entgegen. Kürzlich erst hat der Erzbischof von Ferrara, Luigi Negri, die Vernichtung von sechs Millionen Menschen durch das italienische Abtreibungsgesetz beklagt.

Die Christen sind auf dem Weg zu einer Minderheit in einem islamisierten Europa. Sie werden dann, ähnlich wie jetzt in Syrien und im Irak, im fortwährenden islamischen Bürgerkrieg, der wohl noch lange toben und sehr wahrscheinlich auch ein islamisiertes Europa erfassen wird, zerrieben und vertrieben werden.

Das ist aber nur das Schicksal, welches der Koran für „Ungläubige“ vorsieht: „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie...“ (Sure 2, Vers 191) oder: „Dies ist für die Ungläubigen. Mögen sie es denn kosten: siedendes Wasser und eine Trankmischung aus Blut und Eiter...“ (Sure 38 Vers 55). Dies sind nur zwei Beispiele von vielen.

Glückliche wilde Kaninchen, sie wird es auch noch in einem islamisierten Europa geben! Sind sie nicht beneidenswert?

Papst fordert Schutz des Lebens von der Zeugung bis zum Tod

Papst Franziskus hat Lebensschützern für ihren Einsatz gedankt. Nötig sei ein neues Bewusstsein für das menschliche Leben von dessen Zeugung bis zum natür-

lichen Tod, sagte er am 1. Februar bei seinem Angelus-Gebet auf dem Petersplatz. Wer offen sei für das Leben und ihm diene, fördere eine „neue Menschlichkeit“, eine

Menschlichkeit der Solidarität. Er äußerte sich anlässlich des 37. „Tages für das Leben“, den die italienische Kirche am Sonntag, dem 1. Februar 2015, beging.

Bitte um Gebet

Ab 17. Februar liegt Dr. Preßlmayr im Spital. Er steht vor einer schweren Herzoperation. Wir bitten um das Gebet für unseren gemeinsamen Freund! Die Red.